

Landeshauptstadt Dresden
Die Oberbürgermeisterin



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 31. Sitzung des Ortsbeirates Blasewitz (OBR BI/031/2012)

am Mittwoch, 22. August 2012,

17:30 Uhr

**im Ortsamt Blasewitz, Ratssaal,
Naumannstraße 5, 01309 Dresden**

Beginn der Sitzung:

17:30 Uhr

Ende der Sitzung:

20:30 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Sylvia Günther

Mitglied Liste CDU

Johann von Keyserlingk

Andreas Atzenbeck

Jürgen Eckoldt

Bodo Kilian

Walter Rogge

Annegret Wagner

Mitglied Liste DIE LINKE

Gudrun Böhmig

Kerstin Wagner

Mitglied Liste Bündnis 90/Die Grünen

Matthias Just

Carola Kufner

Mitglied Liste SPD

Alexandra Kruse

Mitglied Liste FDP

Carsten Biesok

Mitglied Liste Freie Bürger

Christian Scholz

Mitglied Liste Bürgerbündnis

Werner Schnuppe

Mitglied Liste NPD

Fritjof Richter

Stellvertretende Mitglieder

Gert Imhof

Jan Schubert

Antje Thiede

Vertretung für Herrn Michael Heidrich

Vertretung für Herrn Reinhard Decker

Vertretung für Frau Katja Rülke

Abwesend:

Mitglied Liste CDU

Michael Heidrich

Mitglied Liste DIE LINKE

Ilona Schär

Mitglied Liste Bündnis 90/Die Grünen

Reinhard Decker

Mitglied Liste SPD

Christian Bösl

Mitglied Liste FDP

Sven Gärtner

Katja Rülke

Verwaltung:

Frau Supan

Herr Kramer

Frau Eggert

Frau Weißmann

Herr Scheit

Sozialamt zu TOP 2.1

Straßen- und Tiefbauamt zu TOP 2.3 -2.5

Amt für Kultur und Denkmalschutz
zu TOP 2.3 -2.5

Amt für Kultur und Denkmalschutz
zu TOP 2.3 -2.5

Auszubildender

Gäste:

Herr Naumann

Frau Haase

Herr Bergmann

Herr Kieslich

Herr Wolter

Herr Matthis

Herr Franke

Herr Scholz

Pressevertreter

ein Bürger

Stadtrat DIE LINKE zu TOP 2.2

Stadträtin Bündnis 90/Die Grünen zu TOP 2.3

Stadtrat SPD zu TOP 2.4

Stadtrat CDU zu TOP 2.5

Leiter des Übergangswohnheims Kipsdorfer
Straße 112 zu TOP 2.1

Stadtrat DIE LINKE

Bürgerinitiative Blasewitz e. V.

Bürgerinitiative Blasewitz e. V.

T A G E S O R D N U N G

Öffentlich

- | | | |
|------------|---|------------------------------|
| 1 | Kontrolle der Niederschrift zur 29. Ortsbeiratssitzung am 27. Juni
Kontrolle der Niederschrift zur 30. Ortsbeiratssitzung (Sondersitzung) am 11. Juli | |
| 2 | Anträge und Vorlagen zur Beratung und Berichterstattung an die Gremien des Stadtrates | |
| 2.1 | Konzept zur Wohnungslosenhilfe der Landeshauptstadt Dresden - Fortschreibung | V1672/12
beratend |
| 2.2 | Weitere Anwendung der Gehölzschutzsatzung vom 16. Juni 1995 bei kommunalen Vorhaben | A0628/12
beratend |
| 2.3 | Unverwechselbares Stadtbild erhalten – Denkmalgerechte Anpassung der Straßenbeleuchtung an heutige Bedürfnisse | A0624/12
beratend |
| 2.4 | Konzept zur Erhaltung der historischen Gaslaternen fortschreiben - Straßen behutsam erneuern - Quartierscharakter bewahren | A0640/12
beratend |
| 2.5 | Bewahrung des historischen Gebietscharakters in Blasewitz und Striesen | A0632/12
beratend |
| 3 | Terminplanung der Ortsbeiratssitzungen im Jahr 2013 | |
| 4 | Vorschläge zur Aufnahme von besonderen regionalen Ereignissen in Blasewitz im Jahr 2013 in eine Rechtsverordnung zur Freigabe von Sonntagen für den Verkauf | |
| 5 | Informationen der Ortsamtsleiterin | |
| 6 | Hinweise und Anfragen der Bürger und des Ortsbeirates | |

öffentlich

Die Ortsamtsleiterin (OAL), Frau Günther eröffnet die Sitzung mit der Begrüßung aller Anwesenden. Sie stellt fest, dass die Beschlussfähigkeit gegeben ist und die Einladung form- und fristgerecht erfolgte.

Die OAL informiert über die Ergänzung des TOP 2.5 als Nachtrag durch die Oberbürgermeisterin: A0632/12 „Bewahrung des historischen Gebietscharakters in Blasewitz und Striesen“ der CDU-Fraktion. Die Unterlagen zum TOP 2.5 werden als Tischvorlage ausgereicht. Der TOP soll gemeinsam mit TOP 2.3 und 2.4 behandelt werden, da es sich um die gleiche Thematik handelt.

Die Ortsbeiräte bestätigen die geänderte Tagesordnung.

- 1** **Kontrolle der Niederschrift zur 29. Ortsbeiratssitzung am 27. Juni**
Kontrolle der Niederschrift zur 30. Ortsbeiratssitzung (Sondersitzung) am 11. Juli

Die Niederschriften zur 29. Ortsbeiratssitzung am 27. Juni 2012 und zur 30. Ortsbeiratssitzung am 11. Juli 2012 werden bestätigt.

Die jeweils erforderlichen Unterschriften von zwei Mitgliedern des OBR werden am Ende der Sitzung eingeholt.

- 2** **Anträge und Vorlagen zur Beratung und Berichterstattung an die Gremien des Stadtrates**

- 2.1** **Konzept zur Wohnungslosenhilfe der Landeshauptstadt Dresden - Fortschreibung** **V1672/12 beratend**

Frau Supan, Sozialamt, informiert zur Vorlage.

Aufgrund großer Intervention hinsichtlich der Neueinrichtung des Wohnheimes Hechtstraße entstand die Forderung zur Fortschreibung des Konzeptes und dessen Vorstellung in den Ortsbeiräten.

Frau Supan erläutert die Notwendigkeit der Neustrukturierung der Unterbringung. Ausgehend vom Hilfebedarf werden die vorhandenen Übergangwohnheime minimal um Plätze erweitert, zum anderen sollen weitere Gewährleistungswohnungen akquiriert werden. Problematisch in diesem Zusammenhang sind der fehlende kommunale Wohnungsbestand und die steigende Anzahl von Zwangsräumungen. Auch gibt es viele ältere Wohnungslose, welche bereits einen Pflegebedarf haben.

Auf Nachfrage, wie groß der Betreuungsaufwand ist, teilt Frau Supan mit, dass dieser stark abhängig von der Mitwirkungsbereitschaft der Betroffenen ist.

Grundsätzlich muss eine Abgrenzung zwischen objektbezogener Betreuung in Zuständigkeit des Betreibers und der sozialpädagogischen Intervention auf Basis individueller Leistungsgewährung durch Dritte erfolgen. Die sozialpädagogische Intervention wird durch freie Träger unabhängig vom Betreiber der Einrichtung erbracht. Bei der individuellen Betreuung sind ca. bis zu 18 h für die Clearing-Phase möglich und danach ca. 79 h bis zu ½ Jahr, je nachdem aktuellen individuellen Hilfeplan. Diese kann auch weiter verlängert werden. Die objektbezo-

gene Betreuung geht von einem Betreuungsschlüssel von eingesetzter Sozialarbeit zu Kapazität in einem Korridor von 1:50 und 1:100 aus.

Herr Wolter, Heimleiter des Übergangwohnheimes Kipsdorfer Straße 112, schätzt die Personaldecke als angemessen und ausreichend ein.

Herr Schnuppe spricht sich positiv und unterstützend für die Beschlussvorlage aus. Er verdeutlicht die Mitverantwortung eines jeden, Anzeichen wahrzunehmen und vorbeugend zu helfen, wenn Mitbürger in Not geraten. Lobend spricht er sich für das im Konzept beschriebene Frühwarnsystem aus, wodurch durchschnittlich ein Drittel der Zwangsräumungen verhindert werden konnte.

Hunde können laut Satzung nicht in städtische Übergangwohnheime aufgenommen werden. Hunde stellen vielfach einen großen Hinderungsgrund dar, wieder in Arbeit zu kommen und auch geeigneten Wohnraum zu finden, so Frau Supan auf Nachfrage.

Die sogenannten Nachtcafés sollen ein ehrenamtliches kirchliches Angebot bleiben.

Frau Böhmig weist darauf hin, dass aufgrund der steigenden Lebenshaltungskosten und der weiter sinkenden Einkommen vermutlich immer mehr Menschen von Wohnungslosigkeit betroffen sein werden.

Auf Anregung von Herrn Just, stellt Herr Wolter kurz die Einrichtung auf der Kipsdorfer Straße vor. Die Einrichtung existiert seit 1999 und bietet 50 Plätze ausschließlich für Männer. Das Objekt ist zukünftig als Clearing-Wohnheim vorgesehen. Ein konkreter Umsetzungszeitpunkt ist nicht festgelegt.

Als nächstes großes Aufgabenfeld sieht das Sozialamt auch die Zusammenarbeit mit dem Jobcenter, hinsichtlich des beschäftigungsorientierten Fallmanagements. Einen konkreten Turnus zur nächsten Fortschreibung des Konzeptes gibt es nicht.

Frau Kruse gibt zu Bedenken, dass der Anstieg auf 269 Plätze nicht ausreichen wird. Auch wird das Vorgehen kritisch angemerkt, dass für Personen ohne Mitwirkungsbereitschaft lediglich die Unterbringung in einer reinen Übernachtungsstätte, die morgens wieder verlassen werden muss, vorgesehen ist. Aus den beiden Gründen wird sie sich bei der Abstimmung enthalten.

Auf Nachfrage stellt Frau Supan klar, dass gegen den Willen eines Betroffenen kein Betreuer nach dem Betreuungsgesetz eingesetzt werden kann.

Die OAL lässt über die Vorlage abstimmen.

BESCHLUSSEMPFEHLUNG (V1672/12)

Dem Beschlussvorschlag wird mehrheitlich zugestimmt:
Konzept zur Wohnungslosenhilfe der Landeshauptstadt Dresden - Fortschreibung

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 13 Nein 0 Enthaltung 5

2.2 Weitere Anwendung der Gehölzschutzsatzung vom 16. Juni 1995 bei kommunalen Vorhaben

**A0628/12
beratend**

Die OAL begrüßt Herrn Stadtrat Naumann der Fraktion DIE LINKE, welcher als Vertreter den interfraktionellen Antrag vorstellt.

Ziel des Antrages ist es, dass sich die Stadt dazu verpflichtet, bei allen eigenen Vorhaben, bei Vorhaben Dritter auf kommunalen Flächen sowie bei Vorhaben kommunaler Eigenbetriebe und Gesellschaften die Gehölzschutzsatzung vom 16. Juni 1995 ohne die Einschränkungen des 2010 geänderten SächsNatSchG anzuwenden.

Herr Biesok merkt an, dass die Gemeinde selbst entscheiden sollte, in welchem Maße Bäume gefällt werden müssen und Ersatzpflanzungen vorzunehmen sind, um kommunale Vorhaben/Interessen zu verfolgen. Eine derartige starre Regelung wie in der Gehölzschutzsatzung vom 16. Juni 1995 sollte daher nicht als Verpflichtung eingegangen werden.

Da es keine weiteren Anfragen gibt, lässt die OAL über den Antrag abstimmen.

BESCHLUSSEMPFEHLUNG (A0628/12)

Der Beschlussvorschlag wird mehrheitlich abgelehnt:

Weitere Anwendung der Gehölzschutzsatzung vom 16. Juni 1995 bei kommunalen Vorhaben

Abstimmungsergebnis:

Ablehnung

Ja 7 Nein 10 Enthaltung 1

2.3	Unverwechselbares Stadtbild erhalten – Denkmalgerechte Anpassung der Straßenbeleuchtung an heutige Bedürfnisse	A0624/12 beratend
2.4	Konzept zur Erhaltung der historischen Gaslaternen fort-schreiben - Straßen behutsam erneuern - Quartierscharakter bewahren	A0640/12 beratend
2.5	Bewahrung des historischen Gebietscharakters in Blasewitz und Striesen	A0632/12 beratend

Die OAL lässt darüber abstimmen, ob zunächst alle drei Anträge durch die Vertreter der Fraktionen vorgestellt, danach Wortmeldungen und Fragen gestellt werden können, um am Ende der Diskussion getrennt über die Anträge abzustimmen. Der Ortsbeirat stimmt der Vorgehensweise mehrheitlich zu.

Frau Stadträtin Haase erläutert und begründet den Antrag A0624/12 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Sie verweist auf einen Schreibfehler unter Punkt 2 des Antrages, indem es richtig „**nördlich** der Schandauer Straße“ heißen muss, anstatt „südlich“. Sie bittet dies zu korrigieren. Der Antrag setze sich zum einen mit dem Rückbau der Peitschenlampen auf der Altenberger Straße/Oehmestraße auseinander und zum anderen mit einer denkmalgerechten Anpassung der Beleuchtung auf der Augsburger Straße, der Bergmannstraße und der Hüblerstraße.

Herr Stadtrat Bergmann erläutert und begründet den Antrag A0640/12 der SPD-Fraktion und plädiert für die Zustimmung. Im Unterschied zu den beiden anderen Anträgen seien die Ziele des Antrages der SPD-Fraktion ausschließlich nach vorn gerichtet und nicht der Rückbau der bereits eingebauten Lampen beabsichtigt.

Herr Stadtrat Kieslich erläutert und begründet den Antrag A0632/12 der CDU-Fraktion, welcher den Rückbau der errichteten Peitschenlampen auf der Altenberger Straße/Oehmestraße zum Ziel hat.

Nachdem alle drei Anträge vorgestellt wurden, stehen Frau Eggert und Frau Weismann vom Amt für Kultur und Denkmalschutz sowie Herr Kramer vom Straßen- und Tiefbauamt für Nachfragen zur Verfügung.

Frau Eggert erläutert den „Spagat“ zwischen der Abwägung der Interessen des Amtes für Kultur und Denkmalschutz und des Straßen- und Tiefbauamtes. Sie verweist auf § 10 Sächsisches Straßengesetz, wonach die Straßenbaubehörde die Verantwortung dafür trägt, dass die Erfordernisse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung eingehalten werden. Den Stellungnahmen nach anderen Rechtsvorschriften, wie des Denkmalschutzes, muss durch das Straßen- und Tiefbauamt nicht gefolgt werden. Sie betont, dass bei Verkehrsanlagen immer Einzelfallentscheidungen getroffen werden müssen. Für die Zukunft beabsichtigt die Stadt in Zusammenarbeit mit dem Stadtplanungsamt, dem Straßen- und Tiefbauamt und der Denkmalpflege eine Studie in Auftrag zu geben mit der Aufgabenstellung einer Untersuchung zu Gestaltungsmöglichkeiten mittels technischer Beleuchtung, falls die Verkehrsbelegung von Straßenzügen dies erfordert.

Herr Kramer verweist auf den Stadtratsbeschluss von 1996 zum Erhalt der historischen Dresdner Gasbeleuchtung in einem kleinen abgegrenzten Bereich als technisches Denkmal. Bei einer Neuordnung der Straßenverhältnisse ist das Straßen- und Tiefbauamt verpflichtet, die Erfordernisse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, insbesondere die allgemeinen Regeln der Baukunst und der Technik einzuhalten. Weiterhin sind Anforderungen zur Energieeinsparung und Sicherheitsparameter zu beachten, welche Leuchten mit dieser Lichtpunkthöhe vorsehen. Grundsätzlich ist für das allgemeine Stadtbild auch von Belang, dass der Leuchtentyp innerhalb eines Straßenzuges nicht ständig wechselt.

Frau Eggert verweist in der Problematik auf den Verkehrsentwicklungsplan, in dem bereits festgelegt wird, welche Straßen zu Hauptverkehrsstraßen werden und wie die künftige Belegung von Straßen geplant wird.

Die OBR-Mitglieder äußern ihr Bedauern, dass für das Denkmalschutzgebiet in Blasewitz kein Konsens für Beleuchtungskörper gefunden wurde, welcher den Sicherheitsanforderungen genügt und dem denkmalpflegerischen Gebietscharakter von Blasewitz Rechnung trägt.

Herr Biesok appelliert daran, dass seiner Meinung nach die Sicherheit im Straßenverkehr Vorrang habe und die Stadt nach Möglichkeit zur Schaffung eines Interessenausgleichs an anderen Straßenzügen im Wohngebiet die historische Beleuchtung als Denkmal erhalten sollte.

Herrn Dr. Franke, Bürgerinitiative Blasewitz e. V., wird mehrheitlich Rederecht gewährt. Er äußert seine Verärgerung über die eingebauten Leuchten auf der Altenberger Straße/Oehmestraße und sieht die vorgebrachten Argumente der Stadtverwaltung als widersprüchlich an. Vor allem kritisiert er die strengen denkmalpflegerischen Anforderungen bei privaten Bauvorhaben an Kulturdenkmälern, bei denen z. B. die Energieeffizienz keine Beachtung findet. Private Bauherren müssten nicht genehmigte Änderungen an Gebäuden ebenfalls zurückbauen. Er plädiert für die Zustimmung zu allen drei Anträgen.

Frau Eggert erwidert, dass Straßenbaumaßnahmen nicht mit Baumaßnahmen an einem Gebäude zu vergleichen sind, da diese nicht dem Sächsischen Straßengesetz unterstehen.

Herr Scholz, Bürgerinitiative Blasewitz e. V., glaubt, dass als Hintergrund für die Umsetzung von Verkehrsbaumaßnahmen immer die Förderfähigkeit einer Maßnahme steht. Es wird seiner Meinung nach daher nicht nach der vernünftigsten Lösung, sondern vielmehr nach der kostengünstigsten mit dem höchsten Fördermittelsatz gesucht.

Die OAL fragt bei den anwesenden Stadträten nach, weshalb der Stadtrat der Empfehlung des Ortsbeirates Blasewitz seinerzeit nicht gefolgt ist. Der Ortsbeirat hatte in seiner Stellungnahme empfohlen, die Gaskandelaber aus Denkmalschutzgründen auf elektrischen Betrieb umzurüsten und die Beleuchtung zu erhalten. Der Stadtrat hat der Vorlage ohne diese Änderung zugestimmt, obwohl diese die Ersetzung der vorhandenen Gaskandelaber durch elektrisch betriebende technische Straßenleuchten vorsah.

Die Stadträte waren zu diesem Zeitpunkt nicht bei der Diskussion im Stadtrat anwesend. Es ist bekannt, dass die Beleuchtung der Altenberger Straße nicht Gegenstand der Diskussionen im Stadtrat war. Herr Kieslich sieht das Versagen nicht bei den Stadträten, sondern nimmt die Verwaltung in der Pflicht, wenn ein solcher Interessenkonflikt vorliegt, die Lösung dem Stadtrat zur Entscheidung vorzulegen. Dies sei versäumt worden. Weiterhin sehe er das Argument des Sächsischen Straßengesetzes als fragwürdig an.

Herr Stadtrat Bergmann gibt zu Bedenken, ob der Austausch der vorhandenen Peitschenlampen, welcher voraussichtlich einen sechsstelligen Betrag kosten würde, mit Alternativleuchten tatsächlich zu einer wesentlichen stadträumlichen Verbesserung führt und dabei die Sicherheitsanforderungen erfüllt. Dies wagt er zu bezweifeln.

Nachdem alle drei Stadträte nochmals abschließend für ihren Antrag plädierten, lässt die OAL über die Anträge nacheinander abstimmen.

BESCHLUSSEMPFEHLUNG (A0624/12)

Dem Antrag wird mehrheitlich zugestimmt:
Unverwechselbares Stadtbild erhalten – Denkmalgerechte Anpassung der Straßenbeleuchtung an heutige Bedürfnisse

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 3

BESCHLUSSEMPFEHLUNG (A0640/12)

Herr Just stellt folgenden Änderungsantrag zum Beschlussvorschlag:
2. Straßenbaumaßnahmen in Denkmalschutzgebieten, welche das Erscheinungsbild **erheblich** ändern (...) sind künftig stets mindestens im Ortsbeirat öffentlich und mit räumlichen Visualisierungen vorzustellen.

Abstimmungsergebnis: Ablehnung (5/9/4)

Dem Antrag wird mehrheitlich zugestimmt:
Konzept zur Erhaltung der historischen Gaslaternen fortschreiben - Straßen behutsam erneuern - Quartierscharakter bewahren

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 3

BESCHLUSSEMPFEHLUNG (A0632/12)

Dem Antrag wird mehrheitlich zugestimmt:
Bewahrung des historischen Gebietscharakters in Blasewitz und Striesen

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 11 Nein 1 Enthaltung 6

3 Terminplanung der Ortsbeiratssitzungen im Jahr 2013

Für das Jahr 2013 werden folgende Termine für Ortsbeiratssitzungen geplant:

23. Januar 2013	25. September 2013
20. Februar 2013	16. Oktober 2013
20. März 2013	13. November 2013
17. April 2013	18. Dezember 2013
29. Mai 2013	
10. Juli 2013	

Die vorgeschlagenen Termine werden vom Ortsbeirat bestätigt. Beginn der Sitzungen ist unverändert 17:30 Uhr.

4 Vorschläge zur Aufnahme von besonderen regionalen Ereignissen in Blasewitz im Jahr 2013 in eine Rechtsverordnung zur Freigabe von Sonntagen für den Verkauf

Die OAL bittet um Benennung von konkreten regionalen Anlässen für verkaufsoffene Sonntage. Es wird das Elbhangfest vorgeschlagen.

Nach kurzer Debatte beschließt der Ortsbeirat mehrheitlich keinen konkreten Anlass für einen verkaufsoffenen Sonntag zu benennen.

5 Informationen der Ortsamtsleiterin

Die OAL informiert über:

- die Neuerrichtung von Wertstoffcontainerstandplätzen (WCSP) für zwei Glascontainer: Schreiben vom Amt für Stadtgrün wurde mit Einladung zugesandt.
 → Den OBR-Mitgliedern sind keine Bedarfe bzw. Flächen für weitere Standorte bekannt.
 → Herr Scholz merkt an, dass der WCSP Tittmannstraße/Ecke Haydnstraße regelmäßig überfüllt ist.
- die Bürgersammelbeschwerde von Anwohnern der Wormser Straße, in welcher sich gegen die geplante Aufhebung der Einbahnstraßenregelung ausgesprochen wird. Die Eingabe wurde den OBR-Mitgliedern mit der Einladung zur Kenntnis gegeben.
- die Antwort der Straßenverkehrsbehörde auf eine Bürgereingabe zur Sperrung des Lothringer Weges für den Kraftverkehr: Die weitere Verkehrsfreigabe ist unbedingt erforderlich für das Nebenstreckennetz aufgrund der schwierigen Situation am Schillerplatz.
- die Möglichkeit der Bürgerbeteiligung zur Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes 2025+ vom 17.09. - 19.10. im Internet.
- die Ausstellung „Dresden - 10 Jahre nach der Flut“ bis 28.09. in der „Prager Spitze“ (Flyer in Tischvorlage).
- den Planfeststellungsbeschluss „Borsbergstraße/Schandauer Straße von Müller-Berset-Straße bis einschl. Knotenpunkt Bergmannstraße 2. PA“.

- den Erörterungstermin am 04.09. in der Landesdirektion Sachsen zur Planfeststellung für die „Schandauer Straße zws. Bergmannstraße und Lauensteiner Straße“.
- die Möglichkeit der allgemeinen Einsichtnahme in die Planungsunterlagen vom 03.09. bis zum 04.10. im Straßen- und Tiefbauamt zur Planfeststellung für die „Schandauer Straße/Wehlener Straße zwischen Lauensteiner Straße und Schlömilchstraße einschl. Ludwig-Hartmann-Straße und Traubestraße“.
- die neu eingeweihte Kindertageseinrichtung „Sonnenkäfer“ in Dresden-Seidnitz, Liebenauer Straße am 17.08. durch Herrn Bürgermeister Seidel.
- die Straßenbaumaßnahmen auf der Bergmannstraße zws. Eilenburger und Wormser Straße bis Mitte November, da diese als Umleitungsstrecke für den Ausbau der Borsbergstraße/Schandauer Straße vorgesehen ist.
- die Bedenken zu geplanten Windrädern im unteren und oberen Osterzgebirge. Schreiben der Bürgerin Frau Riedel vom 16.08.2012 wurde den OBR-Mitgliedern zur Kenntnisnahme in die Tischvorlage gegeben.
→ Die OAL lässt darüber abstimmen, ob eine Einladung zur Vorstellung der Thematik im OBR gewünscht wird. Die OBR-Mitglieder stimmen mehrheitlich dagegen.

Beantwortung von Anfragen aus der letzten Sitzung:

Durch Frau Günther werden die Antworten der Fachämter zu nachfolgenden Anfragen vorgelesen:

- Herr Eckard (Stellvertreter): Verfahren zum Neubau des Geschäfts- und Parkhaus Zwinglistraße/Rothermundtstraße ruht gegenwärtig.
- Herr Just zum aktuellen Stand Bauvorhaben Hüblerstraße 6: Bauantrag zur Errichtung eines Geschäftshauses mit Bäckerei/Café und Arztpraxen liegt vor. Nach Prüfung der nachgereichten Gutachten und Nachweise durch den Bauherren erfolgt die abschließende bauplanungsrechtliche Stellungnahme an das Bauaufsichtsamt.

6 Hinweise und Anfragen der Bürger und des Ortsbeirates

Es gibt keine Anfragen von Bürgern.

Es wird um Beantwortung der folgenden Anfragen gebeten:

- Herr Richter fragt an, wie lange die Baumaßnahme an der Ermelstraße geplant ist und bittet um Reinigung der Kandelaber auf der Berggartenstraße und umliegend.
- Herr Biesok bittet um Auskunft zum aktuellen Sachstand Parkplatz Schillerplatz und zum Ergebnis der Planungen für das Grundstück Naumannstraße/Karasstraße auf dem Lidl einen Einkaufsmarkt errichten wollte.
- Herr Just bittet um Mitteilung, ob die laufenden Umbaumaßnahmen am Lidl Schandauer Straße 22 a zulässig sind.
- Herr Imhof weist darauf hin, dass der Fußweg Vogesenweg am Tennisplatz stets zugeparkt wird.

Die OAL schließt die Sitzung und dankt den OBR-Mitgliedern für die Mitarbeit und Aufmerksamkeit.

Sylvia Günther
Vorsitzende

Christina Schilling
Schriftführerin

Matthias Just
OBR-Mitglied

Carola Kufner
OBR-Mitglied